

## 6. Der Amtseid des Abgeordneten hat dem Volk zu dienen, nicht den Interessen ausgesuchter Monopolisten!

**Frage:** Wie verträgt sich Ihr geleisteter Amtseid, Schaden vom Deutschen/Hessischen Volk abzuwenden mit der unbestreitbaren Feststellung, dass mit Genehmigung und massiver Förderung durch die jeweiligen Regierungsparteien- unter faktischer Duldung durch die jeweiligen Oppositionsparteien- in den Atomkraftwerken täglich langwirkender, hochgiftiger Abfall produziert wird, für den weltweit kein wissenschaftlich belastbares Entsorgungskonzept existiert?

### Antworten:

#### CDU:

Keine strukturierte Rückmeldung, lediglich eine allgemeine Darstellung zur CDU-Atompolitik.

#### SPD:

Die Feststellung, dass die SPD als Oppositionspartei die atomfreundliche Politik von CDU/CSU und FDP (bis zum Fukushima-Vorfall) und deren jetziges "kassieren" geduldet hat, ist schlicht falsch. Dafür trägt die Bundesregierung allein die Verantwortung!

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Nutzung der Atomkraft ist hochgefährlich und nicht verantwortbar. Ich habe mich deshalb immer für den schnellstmöglichen Ausstieg aus dieser Risikotechnologie eingesetzt. Von einer Duldung der Atomkraft kann keine Rede sein. Nach vielen Jahren des parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstands ist es gelungen, im Jahr 2000 erstmals den Weg für den Atomausstieg zu ebnen. Im Jahr 2011 wurde dieser Beschluss erneuert, nachdem die schwarz-gelbe Mehrheit gegen den entschiedenen Widerstand vor allem den GRÜNEN und der Anti-AKW-Bewegung eine Laufzeitverlängerung durchgedrückt hatte. Acht besonders unsichere Reaktoren wurden sofort stillgelegt, neun weitere bis 2022 abgeschaltet. Damit wurden die Risiken und die Menge anfallenden Atommülls deutlich begrenzt. Der Ausstieg muss jetzt unter Wahrung höchstmöglicher Sicherheitsstandards umgesetzt werden. Dazu gehört auch, die bislang offene Endlagerfrage für hochradioaktiven Müll zu lösen. Mit dem Standortauswahlgesetz wurde jetzt endlich die gesetzliche Grundlage für eine Abkehr vom ungeeigneten Standort Gorleben und für ergebnisoffene, wissenschaftsfundiert und transparente Suche unter Einbeziehung der Öffentlichkeit geschaffen. Damit ist die Tür zur Auswahl des bestmöglichen Standorts für ein atomares Endlager geöffnet worden.

#### FDP:

Keine Stellungnahme abgegeben

#### DIE LINKE:

Angesichts der Risiken der Atomtechnologie ist der unverzügliche Ausstieg die einzige Antwort, die mit dem geleisteten Amtseid vereinbar ist. Der Ausstieg ist gleichsam die notwendige Voraussetzung für einen verantwortbaren Umgang mit dem Atommüll. Aus diesen Gründen hat DIE LINKE im Bundestag den Atomkompromiss („Atomausstieg“) sowie das Standortauswahlgesetz von Union, FDP, SPD und Grünen abgelehnt.